

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gemein Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,  
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkasson: Leipzig 21008,  
Groschasse Riesa Nr. 22.

Nr. 249.

Montag, 25. Oktober 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,3 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Lesart. Freiwilliger Abbruch erfolgt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Überzahlungen unterhaltenenfalls, „Zähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Metallendruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Druckerei: L. U. D. Uhlmann, Riesa.

Mittwoch, den 27. Oktober, vorm. 10 Uhr sollen im Amtsgerichte zu Riesa folgende Sachen, Eisenformen, Frühstückskörbe, Kartoffelkompler, Aluminiumblech und Blumenkannen versteigert werden.  
Der Gerichtsvollzieher.

Am 26. Oktober d. J. und die folgenden Tage soll an der unteren Fährde bei Ströblich, 25 m oberhalb Stromgrenzschiff Nr. 1725, ein Telegraphenmast in die Elbe gesetzt werden. Es soll zwar von einer gänzlichen Sperrung des Schiffsverkehrs auf die Dauer der etwa dreitägigen Arbeit abgesehen werden, doch wird eine zeitweilige Sperrung nicht zu

umgehen sein. Während der Sperrzeiten hat die Taktschiffahrt unterhalb Gröba, die Bergschiffahrt am Reiniger Busch zu stellen und ist den Weisungen der an diesen Stellen aufgestellten Waken unweigerlich Folge zu leisten.  
Die Verlonen-Dampfschiffe werden, soweit möglich, ungesichert vorübergefahren.  
Rundverhandlungen machen sich schadenlospflichtig und strafbar.  
Riesa, den 23. Oktober 1920.

Die Amtshauptmannschaft als Elbstromamt.

459 X.

## Maßnahmen gegen Betriebsstillegungen.

Der wirtschaftspolitische und sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats verhandelt in der Sonnabend-Sitzung über den von dem Unterausschuss beratenen Entwurf einer Verordnung, betr. Maßnahmen gegen Betriebsstillegungen und Betriebsübernahmen. Die Verordnung bestimmt im wesentlichen für gewerbliche und Verkehrsbetriebe, ausschließlich des Reichs und der Länder, mit mindestens 20 Arbeitern, die Anzeigepflicht, wenn durch die beabsichtigte Stillegung oder den Abbruch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens vermindert wird oder, wenn Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen, sofern dadurch bei weniger als 200 Arbeitern 10 Arbeiter, bei mindestens 200 Arbeitern 5 Prozent, jedoch falls mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. Ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisationsbehörde darf eine Betriebsübernahme nicht vorgenommen werden. Die Demobilisationsbehörde ist erst nach Beschaffung und Eintragung neuer angemessener Entschädigungen befugt. Rundverhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 100000 Mark und mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder einer dieser Strafen bestraft.

Prof. Dr. Oesterle-Berlin erhebt den Bericht des Unterausschusses. Nach ausführlicher Erörterung aller Gründe für und wider habe der Unterausschuss mit allen gegen eine Stimme beschlossen, Maßnahmen gegen die Betriebsstillegungen zu beschließen.

Herr Reinath (Zentralverband des Großhandels) hält es nicht für angebracht, jetzt 2 Jahre nach Kriegsende noch solche neue Maßnahmen auf Grund einer alten Verordnung zu treffen. — Der als Sachverständiger ausgewogene Herr Kommerzienrat von Vorhies erhebt ernste Bedenken gegen die Übertragung zu gewichtiger Befugnisse an den Demobilisationskommissar. Die Industrie befürchtet, daß hier der Teufel mit Beizeubus angetrieben werden solle. Die Industrie werde der Willkür einzelner Personen unterstellt, die nicht sachverständig seien. Es solle lieber in Ruhe ein Gesetz ausgearbeitet werden. Ohne Schädigung der Wirtschaft werde sich diese Verordnung nicht durchführen lassen. Eventuell werde die Industrie sich zu Auspflanzungen genötigt sehen. (Auf: Drohen Sie nicht!) Die Industrie wolle keine Auspflanzungen, aber sie könnte dazu gezwungen sein. Dem Arbeitgeber würden hier die Hände gebunden, während die Arbeiter nach Belieben ganze Betriebe stilllegen könnten. Die Verordnung sei ein Sprung ins Dunkle, sie werde das Gegenteil der Absicht erzielen. — Herr Wissel verteidigt demgegenüber die Verordnung, die nur unbedingte Stillegungen verhindern solle und schon deshalb notwendig sei, um die Arbeiterschaft zu beruhigen. Die Verordnung genüge den Arbeitern noch nicht einmal, weil sie die schon stattgefundenen Stillegungen nicht treffe. Eine ganze Reihe von Hieselien hätte erhalten werden können. Wenn man nicht aus privatkapitalistischen Interessen Stillegungen zulassen wolle, müsse man die Verordnung annehmen. — Reichsarbeitsminister Braun bemerkt, daß die Verordnung sich nur auf die allgemeine Lage beziehe, aber nicht in die Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreife. Eine andere neutrale Instanz als die Demobilisationskommissare lasse sich nicht finden. Die Verordnung gebe nicht so weit, wie Herr von Vorhies behauptet, sie schlage aber einen richtigen Weg ein. — Herr Karl v. Siemens rechtfertigt manche Stillegungen damit, daß die Produktionsstätten für die Produktionsmöglichkeiten nach dem Kriege zu groß geworden seien und teilweise stillgelegt werden müssen. Wenn man auch das Prinzip der Verordnung gegen Stillegungen anerkennen könnte, so habe doch die Verordnung eine Form erhalten, aus der alles Mögliche von unverständigen Menschen herausinterpretiert werden könne. Die Verordnung werde nur allerlei unproduktive Arbeit verursachen.

Herr Schweiger (Vand der technischen Angestellten) tritt für die Verordnung ein, die keineswegs gerechtfertigte Stilllegung an sich verhindern solle, aber ein Mittel zu der anerkannten Notwendigkeit einer größeren Rationalisierung unserer Technik sei. Der Demobilisationskommissar könne und solle sich bei seinen Entscheidungen der Sachverständigen bedienen. Die Wunsfelder Kupferwerke dauernde Gesellschaft habe mit Betriebsstillegung gedroht, um die Kupferpreise hochzuhalten. Seinezeit beim Kampf gegen das Vertriebsgesetz habe ein Ausschuss des Reichsverbandes der Industrie sogar die Stilllegung der gesamten Industrie in Erwägung gezogen. — Herr Kommerzienrat v. Vorhies stellt fest, daß dieser Ausschuss nur zur Bekämpfung des Vertriebsgesetzes gebildet worden sei, sich aber gerade gegen die Auspflanzung der ganzen Industrie ausgesprochen habe. Der Wunsfelder Gesellschaft könne man keinen Vorwurf machen, wenn sie wegen der Produktionsmöglichkeiten mit ihren Betriebsräten die Frage der Stilllegung geprüft habe. — Herr Georg Bernhardt erwidert auf einige formale Einwendungen des Herrn Reinath, daß das Prinzip des Reichswirtschaftsrats gerade die Sachverständigkeit sei, während der Reichstag nach anderen Gesichtspunkten gewählt sei. Der Weg der Verordnung habe eines Gesetzes entbehren sich besonders deshalb, weil eine Verordnung leichter abgeändert werden könne als ein Gesetz, wenn sich Umstände ergeben sollten. Herr Schweiger meint, daß in Wunsfeld auf Betriebsräte mit der Drohung der Stilllegung ein unzulässiger Druck ausgeübt worden sei. Dergleichen werde durch die Verordnung verhindert. Herr von Siemens erwidert hierauf, daß in die Verordnung ein ganz neues Moment gebracht werde, wenn der Unternehmer verhindert werden solle, Ver-

änderungen im Interesse der Produktion in seinem Betriebe vorzunehmen. Unter Umständen müsse der Betriebsleiter energisch durchgreifen können. Ingenieur Braun erwidert in der Verordnung eine Denkmung jedes Fortschritts. Herr Cieslik, Gewerkschaftssekretär, glaubt, daß die Industrie durch die Verordnung nicht unnötig befristet werden würde und daß der Widerstand der Industrie ebenso schwinden werde, wie beim Vertriebsgesetz. Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums Sirch führt aus, daß die Unternehmer sich sowieso mit ihren Arbeitern über Stillegungen verständigen müßten, und daß die Verordnung dies nur unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Interesses stelle. Der Demobilisationskommissar sei die geeignete Instanz. Man müsse zunächst einmal den Weg der Verordnung gehen; wenn es erminlich sein sollte, sei die Reichsregierung auch bereit, noch die Befugnisse in Anspruch zu nehmen.

Nach einer Geschäftsordnungsaussprache und einer Unterbrechung der Sitzung kam eine Eingangsfrage. Herr von Siemens erklärte im Namen der Arbeitgeber, daß sie bereit seien, der Verordnung auszustimmen, wenn folgende Änderungen vorgenommen werden: Dem Paragraph 5, wonach die Verordnung keine Anwendung findet, wenn die Maßnahmen auf Anordnung oder mit Zustimmung einer zuständigen Behörde erfolgen, soll zugefügt werden: „oder wenn nachweislich Mangel an Rohle, Betriebsstoffen und Rohstoffen trotz rechtzeitiger Vorlage des Betriebsplanes vorliegt.“ Ferner soll zugefügt werden: „Wirtschaftliche Maßnahmen in Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelten nicht als Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung.“ Herr Schweiger stimmt im Namen der Arbeitnehmer diesen Vorschlägen zu.

Darauf wurde die Verordnung mit diesen Änderungen en bloc einstimmig angenommen.

## Der Vertrag über Danzig und Polen.

Die Danziger Delegation telegraphiert aus Paris: Die Delegation hat sich nach reiflicher Überlegung unter Würdigung der gesamten Sachlage und Berücksichtigung der ihr durch besondere Delegationen rechtlich übermittelten Auffassung der verfassunggebenden Versammlung einstimmig entschlossen, die Konvention und die Urkunde über Begründung der Freien Stadt mit der in ihr enthaltenen Erklärung wegen Übertragung der Kosten für Verwaltung und Besetzung am Sonnabend zu unterschreiben. Die Delegation hat der Vollversammlung gegenüber als Voraussetzung für die Unterzeichnung zum Ausdruck gebracht, daß der Völkerverbund und der vom Völkerverbund eingesetzte Oberkommissar der Freien Stadt den zugesicherten Schutz gewähren und bei Durchführung der Konvention sowie bei Regelung der noch offenstehenden Fragen die Lebensinteressen der Freien Stadt und ihrer Bewohner in gewohnter Weise berücksichtigen werde.

Die Vollversammlung in Paris hielt Sonnabend vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die polnische Regierung sich weigere, dem Vertrag zuzustimmen, der zwischen dem Freistaat Danzig und Polen auf Grund des Artikels 104 des Friedensvertrages abgeschlossen werden sollte, und der die Genehmigung des Völkervertrages gebunden hätte. Infolgedessen hat die Vollversammlung beschlossen, noch Sonnabend vormittag eine interalliierte Kommission zusammenzuberaufen, die unter dem Vorsitz des Ministers Laroche steht, und der je drei Vertreter von Danzig und Polen angehören sollen. Man will versuchen, eine Lösung über das juristische Statut von Danzig zu finden.

Laut „Journal“ betreiben die Danziger Verfechter eines Abkommens zwischen Polen und Danzig darin, daß Polen sich eine eigene Handelsflotte schaffen will und den Einfluß Danzigs in das Polengebiet Polens verleiht. Der von Polen abgeleitete Vertrag sprach Danzig Polautonomie zu. Ferner wendet sich die polnische Regierung dagegen, daß der Ausschuss, der den Dänen von Danzig verwaltet, die Zuluftrassen zum Dänen übermacht und die Kontrolle über die Weichsel ausübt.

## Die Autonomie Oberschlesiens.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten setzte am Sonnabend vormittag die Beratungen vom Donnerstag über die Vergrößerung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien fort. Es waren u. a. anwesend: Der Reichskanzler, sowie die Reichsminister des Auswärtigen und des Innern, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstages und der Preussischen Landesversammlung. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle gliedstaatliche Autonomie einführt, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt. — Die Annahme des Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Die Verhandlungen über das Autonomiegesetz Oberschlesiens. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Frage der Autonomie für Oberschlesien erzählt das „Leipz. Tagebl.“, daß von dem deutschnationalen Abg. Dr. Wentorp die Erklärung abgegeben wurde, seine Partei werde gegen das von der Reichsregierung zu erwartende Autonomiegesetz stimmen. Die Haltung der Deutschen Volkspartei ist geteilt; die große Mehrheit ist gegen das Gesetz. Dr. Stresemann und Frei-

herr v. Lermer haben sich jedoch dafür ausgesprochen und es ist zu erwarten, daß es dem Parteivorstand gelingen wird, die widerstrebenden Parteigenossen dazu zu bringen, daß sie menialens Stimmhaltung üben. Nach diesen Informationen dürfte die halbamtliche Rundgebung über die Autonomieverhandlungen dahin zu verleben sein, daß einer großen Mehrheit für die zu erwartende Vorlage einer aus den Deutschnationalen und einem großen Teil der Deutschen Volkspartei bestehenden Minderheit gegenübersteht, wobei über die Haltung der U. S. P. D. noch keine Sicherheit besteht.

Die Bewaffnung der Besatzungstruppen in Oberschlesien zeigte am Sonnabend ein anderes Bild, insofern als Tanks in größerer Zahl in Oberschlesien auftraten. So rückten vormittags in Reuthen 18 Tanks ein, auch in anderen ober-schlesischen Städten sind Sonnabend Tanks in Erscheinung getreten.

## Vormarsch der Polen auf Romno.

In Romno herrscht außerordentliche Bekümmung wegen weiteren Vormarsches der Polen, die jetzt schon nordwestlich Wisna weiter vorrücken. Man spricht von einer polnischen Wälfahrt, auf Romno zu marschieren. Die Folge davon ist allgemeine Lähmung des Handels und starke Depressierung der Bevölkerung. Die Bahnverbindung Wisna-Warschau wird zu neuen Truppentransporten durch Polen benutzt.

Uebertritt von deutschen Militärs nach Litauen. D. T. S. meldet: Die Meldungen wegen Uebertritt von deutschen Militärs und Formationen von Litauen nach Litauen werden von ausländischer Seite als außerordentlich übertrieben bezeichnet. Einzelne Fälle von Uebergehungen nach Litauen sind vorgekommen. Sie sind aus den geringen Bewachungsmöglichkeiten zu erklären, die der deutschen Regierung für die Grenze zur Verfügung stehen. Daß größere geschlossene Formationen übergetreten sind, ist an amtlichen Stellen nicht bekannt. Der Oberpräsident in Ostpreußen hat die Bevölkerung gewarnt und Maßnahmen getroffen, um das Ueber-schreiten der Grenze durch geschlossene Verbände zu verhindern. Daß einzelne bewaffnete Personen die Grenze überschreiten, läßt sich bei der Ausdehnung und Schwachen Besetzung der Grenze praktisch nicht hindern.

## Der Streik in England.

Neuer meldet aus London: Die Vollversammlung des Bergarbeiterbundes und des Eisenbahnerbundes hielten am Sonnabend eine Beratung ab. Der Vollversammlung des Bergarbeiterbundes teilte mit, daß Lloyd George den Vollversammlung zu einer neuen Konferenz eingeladen habe. Diese Einladung wurde angenommen. Der Vollversammlung der Bergarbeiter erwiderte daher die Eisenbahner, ihren Streik zu verstreuen, um die neuen Verhandlungen nicht zu beeinträchtigen. Die Vertreter der Bergarbeiter sollten Sonntag früh mit der Regierung in Downingstreet zusammentreffen. Eine weitere Meldung aus London besagt: Der Eisenbahnerstreik ist für die Dauer der Verhandlungen zwischen Regierung und Bergarbeitern auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärte Lloyd George mit Bezug auf den Bergarbeiterstreik einer Verhandlung gegenüber, es könne innerhalb weniger Stunden Frieden sein. Die Lage könne sich jedoch auch zum ersten Kampf entwickeln, den England je durchgemacht habe. „Evening News“ melden über die bisherige Wirkung des Streiks, die Verluste an Steinkohlen für das Land betrügen 2500000 Tonnen. Die Zahl der Arbeitslosen belaufe sich auf insgesamt 1650000, der Gesamtverlust an Löhnen auf 3250000 Pfund Sterling. In Tonypandeh (Wales) herrschte Freitag abend infolge der umfassenden Vorkehrungen der Polizei Ruhe; in der benachbarten Ortschaft Ven tre versammelten sich etwa 300 Bergleute, die begannen, mit Steinen zu werfen. Die Polizei verhanderte, daß die Ausbreitungen ersten Charakters annäherten. Im übrigen blieb im Rhonddatal alles ruhig.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß 15 zur Arbeiterpartei gehörende Bergarbeiter in einem Schreiben an Lloyd George erklärt haben, die von der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit geplanten Maßnahmen seien unzureichend, und sie könnten die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht länger übernehmen, wenn die Regierung nicht greifbarere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffe.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß die Zeitung des Internationalen Transportarbeiterverbandes in ihrer diese Woche in Amsterdam abgeordneten Versammlung beschlossen hat, unter Mitwirkung der Transportarbeiterorganisationen von England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland, die für eine eventuelle internationale Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Die amerikanische Gewerkschaftsunion schlägt zur Unterstützung der Forderungen der englischen Kohlenarbeiter vor, die Ausfuhr amerikanischer Kohle zu verhindern. Die Gewerkschaft der Lader hat ihre Mitglieder aufgefordert, das Verladen von Ausfuhrkohle zu verhindern.



**Die Forderungen der französischen Bergarbeiter.**

Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter hat dem Arbeitsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten seine Forderungen unterbreitet. Er verlangt einen Tageslohn, der fünfmal höher ist als vor dem Kriege und ferner Zulagen für die Arbeiter unter Tage. Der Nationalrat verlangt eine Antwort bis zum 30. Oktober, um gegebenenfalls die Verhandlungen über die neue Gehaltskala mit den Grubenbesitzern am 2. November beginnen zu können. Am 14. November müssten die Verhandlungen zu Ende geführt sein. Die neue Gehaltskala soll am 1. November in Kraft treten.

**Der Bergarbeiterstreik in Belgien.**

Der Proteststreik der Bergarbeiter im Becken von Charleroi gegen die Einkommensteuer gewinnt an Umfang und man befürchtet, daß auch die anderen Bergwerke, die bis jetzt noch außerhalb der Bewegung stehen, sich dem Ausbruch anschließen werden. Die sozialistische Partei ermahnt zur Ruhe. Die Forderung, einen Streik zu entfesseln, wenn nicht Lohnerbhöhung bewilligt werde, ist nunmehr von den Bergarbeitern des Beckens von Charleroi an die anderen Bergwerke der Bergarbeiter in Belgien, namentlich an die von Lüttich und Namur, weitergegeben worden. Bei den Metallarbeitern und Eisenbahnern sollen Schritte unternommen werden, damit sie sich nötigenfalls der Bewegung anschließen.

**Eisenbahnerstreik in Ungarn.**

Nach einer Mitteilung des Wiener „Tournalet“ soll auf den ungarischen Eisenbahnen der Generalstreik ausgedehnt sein.

**Zugespinnnisse.**

**Deutsches Reich.**

**Die internationale Verlehrschaften.** Die internationale Verlehrschaften beschäftigen sich mit der Aufstellung der deutschen Reich in Atlantischen Ozean, die Amerika verlangt, um unmittelbar mit Deutschland verkehren zu können. Die englischen Delegierten scheinen das amerikanische Verlangen abzulehnen.

**Die Ablieferung des Kriegsmaterials.** Nach einer Meldung des Reutersche Bureau scheinen die Statistiken bis Mitte Oktober, daß die Lieferung des Kriegsmaterials durch Deutschland sich in bestrebender Weise vollzieht.

**Arbeiterprotest gegen die Herabsetzung der Dieselmotoren.** In der Ruhrkonferenz des alten Bergarbeiterverbandes im Abg. Düsemann auf die Angelegenheit der Dieselmotoren zu sprechen und beschloß die Forderung der Arbeiter auf Unbrauchbarmachung der Dieselmotoren. Die Bergarbeiter sollten der Sache nicht teilnahmslos gegenüberstehen, da die Fortführung des Bergbaues ganz wesentlich davon abhängt. Unter Zustimmung der Versammlung erklärte Düsemann, an die interessierte Arbeiterschaft solle das dringende Ersuchen gerichtet werden, sich in dieser Frage auf die Seite der deutschen Arbeiter zu stellen, denn die Forderungen der Dieselmotorenkonferenz bedeuten in erster Linie einen Schicksal für die deutsche Arbeiterschaft, die durch Außerbetriebsetzung der Dieselmotoren in noch größerem Maße als bisher der Arbeitslosigkeit überliefert werden würde.

**Die Verhandlungen mit den Ruhrbergarbeitern.** Um die Willensmeinung der Bergarbeiter über die Willensmeinung der Berliner Schiedsrichter in der Lohn- und Ueberprüfungsfrage zu hören, hatten die großen Bergarbeiterorganisationen gestern Bezirkskonferenzen einberufen, an denen sämtliche Bezirksleiter und Vertrauensmänner des Ruhrreviers teilnahmen. In der Versammlung des alten Bergarbeiterverbandes in Bochum berichtete Verbandsangehöriger Reier-Bochum über die Tarifverhandlungen und den Schiedspruch. Die Verbandsleitung empfiehlt den ersten Teil des Schiedspruches, der sich auf die Lohnregelung bezieht, anzunehmen, den zweiten Teil (Verteilung der Ueberarbeit) auf die einzelnen Gewerkschaften abzuweisen. In der Konferenz des rüstlichen Gewerkschaftsbundes in Gelsenkirchen, die von 800 Vertretern besucht war, wurde trotz schwerer Bedenken der Schiedspruch in der Lohnfrage angenommen. Es wurden aber Verbesserungen auf inanspruchsetzten Gebiete gefordert. — Aus Bochum wird ferner gemeldet: Die Verhandlungen wegen der Forderungen der Knappschaftsbeamten, die zwischen dem Tarifsausschuß des Knappschaftsvorstandes und den Vertretern der Angestelltenorganisationen geführt wurde, sind gescheitert. Man rechnet jetzt mit dem Ausbruch des Streiks.

**Gesellschaftlicher Wettbewerb über Schicksmieten in Preußen.** Der Gemeindevorstand der preussischen Landbesitzersammlung stellte die von den Demokraten beantragte Prüfung der Schicksmieten-Ordung zurück, da die Reichsregierung einen Gesetzentwurf über die Schicksmieten auf der Grundlage der Garantie der Verzinsung des Eigentums sowie Aufbringung der Hypothekenzinsen und der Zinsen einbringen will.

**Ein Amerikaner über die Verhältnisse in Deutschland.** Der Hauptredakteur der amerikanischen Zeitschrift „Engineering News Record“ schreibt über seinen Besuch in Deutschland, er sei am meisten betroffen von den elenden Verhältnissen, unter denen das deutsche Volk arbeiten müsse. Amerika müsse Englands Politik haben. Ein chaotisches Deutschland bleibe eine Bedrohung für die ganze Welt.

**Streik im rheinisch-westfälischen Baugewerbe.** Der bisher in Mülheim und Bochum ausgebrochene Streik im rheinisch-westfälischen Baugewerbe hat sich jetzt auch auf Duisburg ausgedehnt. Am Streik sind etwa 16000 Bauarbeiter beteiligt.

**Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Serbien.** Wie die „Pravda“ meldet, übergab der deutsche Geschäftsträger in Belgrad der jugoslawischen Regierung eine Note, in der Deutschland die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern vorschlägt. Dieser Schritt der deutschen Regierung wird von der Belgrader Presse beifällig aufgenommen.

**Vertikales und Sächsisches.**

**Melita, den 26. Oktober 1920.** — **Oeffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Melita am Dienstag, den 26. Oktober 1920, nachmittags 3 Uhr.** 1. Erhöhung des Jahresbeitrags a) an den Verkehrsverband zu Melita von 15 auf 50 M., b) an den Landesverein Sächs. Oranitbau von 30 auf 50 M., 2. Entschädigung für Reinigungsarbeiten in der Oberrealität im Betrag von 720 M. pro Jahr, 3. Bewilligung von 500 M. für die Berufsberatungsschule, 4. Erwerb des Inventars der Kleinfinderbewachung für 350 M., 5. Aufnahme einer Leinwand von 600000 M. für die Kleinwohnungsbedienung, 6. Bewilligung von 500 M. zur Vornahme von Vorrichtungsbearbeitungen.

**Glückspoker.** Berichterstatter: Herr Stadtm. L. Schneider. 7. Bau eines Schuppen- und Wäschgebäudes in der früheren Kaserne 1/68 und Bewilligung von 22000 M. hierzu. Berichterstatter: Herr Stadtm. Winter. 8. Beschaffung von Gummimanteln für den Kraftfahrzeugverkehr. Berichterstatter: Herr Stadtm. Winter. 9. Beitritt zum Gaststättenverband. Berichterstatter: Herr Stadtm. Winter. 10. Ueberweisung der Entschädigung betr. die Bewährung des Ehrensoldes an Feuerwehrgenossen. 11. Annahme einer Wohnungsordnung. Berichterstatter: Herr Stadtm. Gaumnitz. 12. Mitteilungen.

**Kartoffeln betreffend.** Es ist vielfach vorgekommen, daß Kartoffeln bei den Erzeugern als beschlagnahmt erklärt worden sind. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Kartoffeln, sofern es sich nicht um Vertrags- und Reichsreserve-Kartoffeln handelt, die dem Landmilitärkontrollamt zugeteilt sind, die dem Landmilitärkontrollamt zugeteilt sind und daß deshalb die Erzeuger über die Kartoffeln frei verfügen können.

**U. S. B. Versammlung.** Am Sonnabend abend sprach im „Stern“-Saal vor etwa 200 Besuchern der Landtagsabgeordnete Wipinski über die Landtagswahl und die U. S. B. Er führte aus, daß Sachsen als Teil des Reiches sich zwar der Begehrung des Reiches untergeordnet habe, daß aber wohl die Möglichkeit bestehe, von Sachsen aus auf das Reich einzuwirken. Infolgedessen sei es durchaus von Bedeutung, wie die sächsische Volkstammer zusammengesetzt sei. Der Ausfall der Reichstagswahl habe eine bürgerliche Mehrheit ergeben, und die Folge hiervon verliere jetzt das Volk am eigenen Leibe; denn die neue bürgerliche Regierung sei sofort daran gegangen, die Zwangsverwirklichung der Lebensmittel auszubeden. Eine Ernährungskrise in den Ueberangangsmonaten werde unausweichlich sein. Ob wir im Herbst neue Reichstagswahlen haben würden, hängt davon ab, wie die Wirtschaftskrise im Winter sich gestalten wird. In Sachsen machten die bürgerlichen Parteien alle Anstrengungen, bei der Landtagswahl das gleiche Verhältnis wie im Reich zu erzielen. In den von dem Reich zu löbenden Aufgaben, auf die auch von Sachsen einzuwirken werden könne, gehöre vor allem die Sozialisierung und die Wohnungsfrage. Die bisherige Behandlung dieser Fragen zeige, daß von den bürgerlichen Parteien geschlossen in jeder erdenklichen Form die Interessen des Unternehmertums wahrgenommen würden. Die stark der Konfliktstoff zwischen Reich und Staat und zwischen Sozialismus und Bürgerrecht sei, zeige auch die Schulfrage, und hier vor allem die Frage des Religionsunterrichts. Als von reaktionärer Seite bezeichnete Redner das Landesparlament. Auch der Entwurf der Verfassung und insbesondere der des Feuerbestattungsgesetzes zeige, wie wenig die Regierung dem Fortschritt huldige. Redner beschränkte sodann kurz den Gesamtcharakter der U. S. B. in den Reichstagsarbeiten und Kommunisten und ähnlte die Forderungen auf, die von der U. S. B. auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet erhoben werden. Zur Spaltung der U. S. B. führte er aus, daß in Sachsen nur ein winziger Teil der Mitglieder der Moskauer nachlaufe. Der größte Teil der sächsischen Arbeiterschaft wolle, daß die Arbeiterklasse nicht durch parteipolitische Kämpfe, sondern nur durch zielbewusstes Fortschreiten auf dem Weg zum Sozialismus das erreichen könne, was für sie notwendig sei. Der Redner sprach etwa eine Stunde und behandelte alle Fragen, die er in seine Ausführungen einbezogen hatte, nur flüchtig. Nachdem er eine Anfrage, wie die U. S. B. sich zu den Forderungen der Kleinrentner und Pensionäre stelle, dahin beantwortet hatte, daß seine Partei sich für die Erhöhung der Renten eingesetzt habe, verließ er die Versammlung. Er erklärte, daß er Sonntag vormittag in Obersachse sprechen und deshalb abreisen müsse. Das Schlusswort sprach der Vorsitzende, Gewerkschaftssekretär Beier.

**Faust.** Der Fleischpreis verkauft, ist nach der Reichsverordnung vom 19. September 1920 verpflichtet, in seinem Verkaufstraum oder an seinem Betriebsstande ein Verzeichnis anzubringen, aus dem die Verkaufspreise der verschiedenen Fleischsorten und -sorten ersichtlich sind. Die angeführten Preise dürfen nicht überschritten werden. Diese Vorschrift soll der Preisüberwachung dienen.

**Sächsische Fleisch- und Fettkäufe im Ausland.** Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat sich auf einer Reise nach Holland und Belgien befunden, hat dort, wie die Abendblätter melden, für 125 Millionen Mark Fleisch und Fett für die sächsische Bevölkerung eingekauft. Es handelt sich dabei um eine Reserve für die Zeit nach der Aufhebung der Schmalzbeschränkung. Die Waren werden in einigen Wochen geliefert.

**Der Streik in der Orisgruppene und Umgebung des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Deutschlands e. V.** Im festlich geschmückten Saale des Hotel Döhrner hatte sich eine störende Anzahl Kameraden und Kameradinnen nebst Angehörigen zum diesjährigen Herbstvergnügen eingefunden. Eingeleitet wurde der Abend mit einigen Konzerten. Hieran schloß sich eine kurze Ansprache des 1. Vork., Kamerad Hofeld, der die Anwesenden aufs herzlichste begrüßte für das zahlreiche Erscheinen dankte und einen recht frohlichen Verlauf des Abends wünschte. Kamerad Obermusikmeister Otto erkundete mit dem Vork. „Ob Sonne im Berg“, wobei er am Flügel von Herrn Obermusikmeister Himmeler begleitet wurde, die Zuschauer und erntete hierfür stürmischen Beifall. Kameraden Wielig und Wende verkündeten den Abend durch weitere Vorträge. Die Saalorgel erkundete sich eines so starken Zupruches, daß die Vole vorzeitig vergriffen waren. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Kappenspolonaise ein buntes, bewegtes Bild bot. Mit den Wasserleitern „An der schönen blauen Donau“ begann ein stilles Tanzen, dem lebhaft zugesprochen wurde. Die Musik bot ihr Bestes.

**Vereinigung ehemaliger Handelschüler.** In einer am vergangenen Sonnabend im Hotel Döhrner stattgefundenen, zahlreich besuchten Versammlung wurde eine Vereinigung ehemaliger Handelschüler ins Leben gerufen. Als Ziele des Vereins wurden festgelegt: Pflege der Geselligkeit und des Zusammenhaltes, Weiterbildung und Aufklärung der theoretischen Berufskenntnisse, gemeinsamer Gedankenaustausch über praktische Berufswünsche. Die Lehrerschaft der hiesigen Handelschule hat sich in anerkennender Weise zur Unterstützung der Vereinsbestrebungen bereitwillig erklärt. Nächste Zusammenkunft Donnerstag abend 8 Uhr im Vereinszimmer des „Reitner Hof“, wobei weitere Interessenten sehr willkommen sind.

**Hörspruch.** In dem Prozeß gegen das Holzbrandfommando vor dem Dresdner Schwurgericht wurden am Freitag der Reichshauptmann Voggenstein und der Polizeidirektor Witte-Blauen vernommen. Am Sonnabend fiel die Verhandlung aus. Heute sollte die Verlesung der Zeugenaussagen stattfinden und falls weitere Anträge nicht gestellt, die Schuldfrage zum Vortrag gebracht werden, woran sich dann die Abwägung anschließen sollen. Für diese Woche ist noch ein zweiter Hörspruch gegen den Richter Otto Heinrich Vogel und 12 Genossen angesetzt. Die Anklage lautet auf Aufbruch, Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung. Wie hieraus aus juristischen Kreisen mitgeteilt wird, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß dieser gleichfalls auf mehrere Tage verschoben werden, noch abgelehnt wird, und die Angeklagten der allgemeinen Amnestie teilhaftig werden bezw. noch mit darunter fallen. Soweit sich das bisherige Ergebnis des ersten Hörspruches übersehen läßt, muß zugegeben werden, daß doch so manche Stelle verurteilt hat, auch konnte die Verhandlung in diesen

**Wette im Boglande.** Kein Wetten zwischen zwei Parteien. Nebenregierung so lange Zeit hindurch führen. — Die Geldlotterie für die Grenzgebiete verliert. Infolge des Streiks und der damit verbundenen schweren Störung im Geldverkehr macht sich eine Verschiebung der Geldlotterie für die Grenzgebiete, deren Ziehung vom 25.—30. Oktober 1920 stattfinden sollte, notwendig. Die Ziehung erfolgt nunmehr vom 22.—27. November 1920. Hierdurch verschiebt sich auch die Ziehung der ersten sächsischen 12 und 20 schafflotteris, die nicht vom 22.—30. November 1920, sondern vom 17. bis 25. Januar 1921 stattfinden.

**Bauwesen.** Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich im nahen Oberneulisch. Dort geriet das zehn Jahre alte Schulmädchen Elsa Wölsche, das das Kind des Buchhalters Gebhardt im Kinderwagen führte, samt dem Wagen unter die Räder eines Lastkraftwagens. Die Räder gingen über den Leib und brachen die Wirbelsäule, so daß der Tod sofort eintrat. Das Kind im Wagen trug nur leichte Verletzungen davon.

**Wirtschaft.** Durch den fünfzügigen Gasarbeiterstreik hat die Stadt einen finanziellen Schaden von 70000 bis 75000 Mark erlitten, außerdem ist aber seit dem Streik die Produktion der Gasanstalt erheblich zurückgegangen. Durch die infolge des Streiks erzwungenen Lohnerhöhungen der sächsischen Gemeindearbeiter erwächst der Stadt eine jährliche Mehrausgabe von 381000 Mark, für die noch keine Deckung vorhanden ist. Eine obermögliche Erhöhung des Gas- und Wasserpreises erscheint unausweichlich.

**Leipzig.** Das sächsische Ministerium hat sich bereit erklärt, den Jahresauschuss zur Lebzugers Wette auf 1 Million Mark zu erhöhen, unter der Bedingung, daß auch das Reich und die Stadt Leipzig entsprechende Beiträge heraufsetzen und daß auch die Interessenten in größerem Maße herangezogen werden.

**Beim Eisenbahnarbeiter.** Der Ueberwachungsstelle der Eisenbahninspektion Hannover gelang es zusammen mit der Kriminalpolizei, eine große Diebstahlbande zu ermitteln, die wertvolle Eisenbahnüter in beträchtlichen Mengen durch falsche Telebetriebe und gefälschte Frachtbüchsen zu unterschlagen vermochte. Sie kann von den Güterbahnhöfen entfernt und veräußert werden. Die Größe der Beiräte der gesamten gestohlenen Ware konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Vier Güterbodenarbeiter und 17 Privatpersonen der verschiedensten Stände wurden wegen Diebstahl und Hehlerei dem Gerichtsfängnis eingeliefert.

**Diphtherieepidemie in London.** In London herrscht eine starke Scharlach- und Diphtherieepidemie. Sonnabend wurden 4771 Scharlachkranken und 2021 Diphtheriekranken in die Spitäler aufgenommen. Eisenbahnunglück im fernem Osten. Nach einer Havasmeldung aus Wladivostok ist der Postzug nach Chabin entgleist. Man zählt 100 Tote.

**Neueste Nachrichten und Telegramme vom 26. Oktober 1920.**

**Kommunisten-Versammlungen in Berlin.** X Berlin. Die Kommunisten und die Kommunisten veranfalteten gestern vormittag in der Neuen Welt und in den Ubersässen Versammlungen, die aber nur schwach besucht waren. Es wurde gegen die Ausweisung von Sinowjew und Solowski protestiert. Däumig und Stöcker von den Kommunisten sagten dem Bürgerrecht einseitlich der S. D. D. und der U. S. D. den Kampf bis aufs Messer an. Richard forderte in der Neuen Welt zu endlichen tatkräftigen Handeln auf. Auf der Straße kam es nachher zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Mitgliedern der S. D. D.

**Die deutschen Bergarbeiter und der Streik in England.** X Bochum. Auf der Vertreterkonferenz der alten Bergarbeiterverbände führte der Vorsitzende Düsemann u. a. aus, wenn von den englischen Bergarbeitern die Sympathie der deutschen Bergarbeiter verlangt werde, so werde noch zu überlegen sein, ob nicht andere Mittel und Wege zur Verfügung ständen. Die deutschen Bergleute würden aber mit allen Mitteln verhindern, daß deutsche Ruhrkohle, die an die Entente geliefert werden müsse, nach England komme; in diesem Falle würden sie sich zunächst an die Transportarbeiter wenden. Die Konferenz eroberte ferner scharfen Einspruch gegen die Forderung der Vernichtung der Dieselmotoren. Falls die Regierung wider Erwarten der Erhöhung der Kohlenpreise zustimmen sollte, würden die dadurch hervorgerufenen Preissteigerungen die Bergleute zu neuen Lohnforderungen zwingen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Volkssozialisierung des Bergbaues nach dem Vorschlag Leberers verlangt.

**Die Klagensurter Zone erwidert.** X Belgrad. (Agence Havas.) Die jugoslawischen Truppen haben die Klagensurter Zone erwidert.

**Der Eisenbahnerstreik in Ungarn.** X Budapest. (Agence Havas.) Auf die Drohung der Sozialisten mit dem Gesamtaustritt in Form eines Ultimatum hat die Regierung erklärt, eine Befreiung der Lage der Arbeiter sei nur schrittweise mit der Befreiung der allgemeinen Lage möglich. Als Antwort auf den Eisenbahnerstreik hat die Regierung die Mobilisierung aller militärischfähigen Eisenbahner angeordnet, den Belagerungszustand verhängt, die Verfassung wieder eingeführt, die sozialistischen Abgeordneten und Anhänger Moskau, Pragau und Tansse, sowie die handwerklichen Führer der Gewerkschaften verhaftet und die Geschäftsstelle des Gewerkschaftsausschusses geschlossen. In der Provinz herrscht Ruhe; der Inzverkehr wird durch technische Truppen anrecht erhalten.

**Die Thronfolge in Griechenland.** X Athen. Benizelos erklärte dem Vertreter des „Temps“ in Athen, wenn König Alexander sterbe, so werde sein jüngerer Bruder Paul König werden. Benizelos werde aber vorher Bürgschaft dafür verlangen, daß König Konstantin auf alle Thronansprüche verzichte.

**Erhebungen gegen die Volkswellen.** X Paris. Wie die Agence Havas über Deilingfors aus Moskau erzählt, sind in den Gouvernements Perm, Jekaterinburg und Wlanka ernste Erhebungen gegen die Volkswellen vorgekommen.

**Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Streikenden in England.** X London. Lloyd George, Bonar Law und andere Minister hatten gestern vormittag eine zweistündige Besprechung mit Vertretern des Bergarbeiterbundes, worauf diese dem Volkswellenauschuss Bericht erstatteten. Darauf wurde bekanntgegeben, daß die Besprechungen fortgesetzt werden sollen.







**Zentral-  
Lichtspiel-Theater  
Gröba.**

Ab heute Montag bis Donnerstag, den 23. Oktober, das gr. Monumentalfilmwerk

**Fräulein Mutter**

Schauspiel in 5 Akten. — Nach dem gleichnamigen Roman von Ritty Hohenbach. — Dazu ein originelles Lustspiel.  
Freitag, 20. Oktober bis Montag, 1. Novbr.  
Voranzeige! der große Genus Vortan-Monumentalfilm **Monica Vogelsang.**

**Deutsche Volkspartei.  
Öffentliche Wählerversammlung.**

Referent: Regierungsbaumeister Dr. Gattwig.  
Thema: Die kommenden Landtagswahlen.

Mittwoch, den 27. Oktober 1920  
im Saale des Wettiner Hof, Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand d. Ortsgr. Riesa d. Deutschen Volkspartei.

**Öffentliche  
Wählerversammlung**

Montag, den 1. November 1920 1/8 Uhr abends  
im Hotel zum Stern.

Hedner: Dr. Gronau-Radebeul. — Nach dem Vortrage freie Aussprache.  
Zu zahlreichem Besuche aus Stadt und Land ladet ein

Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Riesa u. Umg.

**Kammer-Lichtspiele**

Riesa, Hauptstr. 1.

Ab heute bis Donnerstag vollständig neues Programm  
und zwar:

**„Dornenwege der Liebe.“**

Drama in 6 Akten, spannend von Anfang bis Ende,  
sowie ein tolles Lustspiel.  
Infolge der bedeutenden Linsen dieses Filmwerkes sind  
die Preise der Plätze etwas erhöht.  
Sperre 3.— Mk., 1. Platz 2.50 Mk., 2. Platz 2.— Mk.  
Vorzugskarten haben keine Gültigkeit.  
Rezitation. — — Künstlermusik. — — Rezitation.  
Beginn der Vorstellung pünktlich abends 8 Uhr.

In den Vormittagsstunden des 23. Oktober verschied nach  
langem Leiden unser lieber Mitarbeiter und Freund

**Herr Emil Reinhold Neumann**

Lehrer an der Knabenschule zu Riesa.

Mit Eifer und Frohsinn hat er an unserer Seite gewirkt.  
Mit Begeisterung und Treue hat er die ihm anvertrauten Schüler  
geleitet. Ernst und männlich hat er als Soldat seine Pflicht erfüllt.  
Geduldig und heldenhaft hat er die letzten schweren Monate ge-  
tragen. Die Lehrerschaft der Volksschulen zu Riesa wird seiner  
immer in Dankbarkeit und Freundschaft gedenken.

Riesa, den 23. Oktober 1920.

Die Lehrerschaft der Volksschulen zu Riesa.

Am 23. Oktober 1920 verschied nach langem Leiden der  
Lehrer an unserer Knabenschule

**Herr Emil Reinhold Neumann.**

Mit ihm verloren wir einen hochgeschätzten Lehrer und Er-  
zieher, der jederzeit mit großer Treue und Hingebung seines Amtes  
gewaltet hat.

Wir betauern aufrichtig den Verlust dieses treuen Mitarbeiters  
und werden ihm ein dankbares Gedenken in Ehren bewahren.

Riesa, am 23. Oktober 1920.

Der Rat der Stadt Riesa.

Dr. Scheider, Bürgermeister.

**Geschäfts-Eröffnung  
der Kunstgewerblichen Sattlerwerkstätten  
vorm. Gebr. Broschwitz, Rüderau**

Inh.: Fr. Albert Broschwitz, Sattlermeister.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich unter obiger Firma meine  
**Spezial-Sattlerwerkstätten in Rüderau.** Gestützt auf  
meine im väterlichen Geschäft in Glaubitz und durch Durchnehmen  
mehrerer Spezial-Kurse in ersten Werkstätten Deutschlands er-  
worbenen Fachkenntnisse bin ich in der Lage, allen Anforderungen  
in meinem Fach gerecht zu werden. Mein eifrigste Bestreben wird  
sein, das Vertrauen meiner Kundschaft durch schnelle, saubere und  
reelle Bedienung zu erwerben. Sie können fest überzeugt sein, daß  
eine einmalige Bestellung bei mir Sie zur dauernden Kundschaft führt.  
Ich empfehle mich Ihnen

hochachtungsvoll

Fr. Albert Broschwitz, gepr. Kummetsattlermeister.

**Hotel Stern.**

Dienstag, 26. Oktober, abends 1/8 Uhr

Gastspiel der Berliner Variete-Gesellschaft.

Große

**Variete-Vorstellung**

mit einem Riesenprogramm.

Überall anderwärts Gänse, daher benutze man den  
Vorverkauf.

Preise im Vorverkauf:

1, 3 und 2 Mark in der Buchdruckerei Abendroth.

An der Abendkasse pro Karte 50 Pfa. mehr.

Kommen, sehen und staunen!



**Pferd- und -Kauf**

morgen Dienstag von nachm. 2 Uhr ab.  
Albert Weidhorn, Pferdehändler  
Gröba, Rischstr. 10, Tel. 685.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.  
**Dr. Holey, Gröba.**

Die Ueberführung unseres teuren Entschlafenen,  
des Lehrers Reinhold Neumann, erfolgt morgen  
Dienstag bereits 1/1 Uhr von Bismarckstraße 2 nach  
Bahnhof Riesa. Die trauernden Hinterbliebenen.

Am Sonnabend verschied nach langer Krank-  
heit im 87. Lebensjahr unsere liebe Mutter,  
Schwieger- und Großmutter, Schwester und  
Tante, Frau

**Christiane verw. Bennewitz  
geb. Hofmann.**

Boritz, am 25. Oktober 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Dienstag nachm. 1/2 Uhr  
vom Trauerhause aus statt.

Heute vormittag 8 Uhr entschlief nach  
kurzem, aber schwerem Leiden im Krankenhaus  
zu Riesa meine treue Lebensgefährtin, unsere  
treusorgende und liebende Mutter

**Frau Selma Schaub**

geb. Schliebe, im 88. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerze

Max Schaub und Kinder

gleichzeitig im Namen aller Hinterbliebenen.

Gröba, den 24. Oktober 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag  
4 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

**Altmetalle  
und Eisen**

Kunzen, Papier, Wolle,  
Felle, ferner alle anderen Roh-  
produkte kauft höchstzähnd

produkten-Einkauf  
**Roh Richter**

Gröba, Rischstr. 32,  
— Sonnabends geschlossen. —

**Gold-**

und

**Silberwaren**

aller Art kauft

**Ranner, Leipzig**

Esmeraldgärten 3 II.  
Am Hauptbahnhof.

**Um das Vieh**

wie Kühe  
Kälber  
Schweine  
Hunde usw.

**von Ungeziefer**

gründlich zu befreien, ver-  
wende man „Ithiol“, 1 Dose  
4 Mk., große Dose 8 Mk.  
Zu haben in Riesa: Zentral-  
Drogerie Oster Richter.

Morgen früh  
**Grünfohl**  
**Carl Pohlmann**  
Goethestr. 39.

Morgen früh trifft

**hochfeiner Schellfisch  
und Scholle**

frisch auf Eis ein.  
**Ernst Schäfer Nachf.**

Morgen Dienstag

**frisch. Schellfisch.**

Friedrich Roth, Hauptstr. 10.  
Morgen Dienstag früh

**ff. Schellfisch**  
**ff. Kabliau**  
**ff. Scholle.**  
Clemens Bürger.

**Büeklinge**

täglich frisch eintraffend  
empfiehlt billigst  
nur listenweise

**H. Grubbe**

Produkten-Großhandlung  
Bismarckstr. 35a, Tel. 652.  
26. 10.  
Schlachhof.

Die heutige Nr. umfasst  
4 Seiten.